

## **Stellungnahme der Antifaschistischen Aktion Aufbau Mannheim zur versuchten Schließung des JUZ Friedrich Dürr Mannheim durch die CDU**

Die CDU hat einen Antrag für die Haushaltsberatungen des Mannheimer Gemeinderats gestellt, in dem sie fordert dem JUZ Mannheim den Mietvertrag und die Zuschüsse zu kündigen.

In der Begründung der CDU wird das JUZ als "Zentrum linksextremistischen Treibens" bezeichnet. Neben der Nutzung durch uns Gruppe wird unter anderem auch das Offene Antifaschistische Treffen als Grund für den Antrag angeführt. Mit diesem Angriff auf das selbstverwaltete Jugendzentrum Friedrich Dürr, antifaschistische Strukturen und Anlaufstellen für junge Menschen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren wollen, nähert sich die CDU Mannheim thematisch weiter der AfD an.

Weiterhin fordert die CDU vom JUZ sich von der Gewalt bei den Protesten gegen den G20-Gipfel zu distanzieren, obwohl das JUZ gar nicht selbst zu dem Protesten gegen den Gipfel mobilisierte. Für uns stellt sich dagegen die Frage, wann hat sich die CDU jemals von HetzerInnen wie Erika Steinbach oder von den rassistischen Äußerungen Ihrer Schwesterpartei der CSU distanziert.

Zahlreiche Grundrechtsverstöße gingen seit ihrer Gründung CDU aus. Beispielhaft sei hier die nahezu komplette Abschaffung des Asylrechts, die Vorratsdatenspeicherung und die regelmäßigen Verschärfungen des Versammlungsgesetzes genannt. In dieses Schema reiht sich auch die anhaltende Kumpanei mit rechten Burschenschaften.

Egal ob Sie gegen Geflüchtete, Homo- oder Transsexuelle oder gegen AntifaschistInnen und andere Linke hetzen, die CDU ist zu allem bereit, um durch den inhaltlichen Schulterchluss mit RassistInnen Wählerstimmen am rechten Rand zu sammeln. Anstatt sich in diesen Zeiten tatsächlich für die Sorgen der Menschen in Mannheim einzusetzen und Integration und die Versorgung von Geflüchteten zu gewährleisten, stellt sich die CDU jungen Menschen in den Weg, die sich selbstständig für eine tolerante und diskriminierungsfreie Stadtgesellschaft in Mannheim einsetzen. Damit tut Sie nichts anderes, als auf den Zug der bundesweiten Angriffe gegen linke Projekte aufzuspringen und eine Law-and-Order Politik für die rechte Wählerschaft durchzusetzen. Durch die Schließung der Internetplattform "linksunten.indymedia.org", den bundesweiten Hausdurchsuchungen zum G20-Gipfel und den permanenten Angriffen gegen linke Hausprojekte von Berlin bis Freiburg wird nichts unversucht gelassen, um die außerparlamentarische Linke zu kriminalisieren.

Das JUZ Friedrich Dürr ist keine Gefahr, sondern eine Bereicherung für Mannheim. Seit 1973 bietet es einen Treffpunkt, in dem sich Menschen aller Altersklassen, aber vorwiegend Jugendliche, ohne Konsumzwang treffen können. Es ist ein Raum, in dem basisdemokratisch und eigenständig Projekte entstehen und Diskriminierung und Ausbeutung bekämpft werden.

Egal wie bei der Abstimmung entschieden wird, die Ideen und die Gegenkultur die vom JUZ ausgehen, können nicht so einfach geschlossen werden.

Extrem ist nicht, wenn sich Jugendliche selbst organisieren, Extrem sind Abschiebungen nach Afghanistan, die Hartz IV Sätze und die explodierenden Zahlen rechter Gewalttaten. Deshalb und aufgrund der oben angeführten antidemokratischen und grundgesetzwidrigen Tendenzen fordern wir die ersatzlose Streichung der Parteienfinanzierung der Christlich "Demokratischen" Union, die sofortige Kündigung aller ihr zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten sowie die Aberkennung des Parteienstatus.

Was will ich? Was willst du? Das Verbot der CDU!

#JUZbleibt.